

Einzelpersonen in den vergangenen Jahren, aber auch weil er selbst die Vitalität der afrikanischen Kirche während seiner Pastoralreisen kennengelernt habe.

## Der Papst setzt auf Afrika

Daß der Papst auf die Zukunft der Kirche in Afrika wie auf die afrikanische Tradition große Hoffnungen setzt, wurde bei seinem letzten Gottesdienst in Malawi deutlich, wo er die Afrikaner vor der „Freiheit der modernen Lebensweise“ warnte und sie dazu aufforderte, ihr Leben an den afrikanischen Traditionen und am Glauben auszurichten. Schon bei der Begegnung mit Jugendlichen in Madagaskar hatte Johannes Paul II. von der Destabilisierung durch den kulturellen

und technischen Austausch in der modernen Welt gesprochen. Es brauche „Klarheit, Toleranz, aktives Unterscheidungsvermögen, um eine lebendige Kultur aufzubauen, die mit neuen Elementen angereichert ist, ohne ihre wahren Wurzeln zu verlieren“. Daß der Papst angesichts des von ihm immer wieder in düsteren Farben gemalten Säkularismus in den westeuropäischen Ländern hoffnungsvoll auf die jungen Kirchen in Afrika blickt, wo ihm die Menschen auf seinen Reisen zujubeln (in Madagaskar kam es bei der Seligsprechung zur größten Menschenansammlung seit der Unabhängigkeit), ist verständlich. Allerdings dürfte die Wirklichkeit der afrikanischen Länder wie der dortigen Kirche seinen Visionen vom Wert der afrikanischen Tradition als Gegengift zu den negativen Auswirkungen der Moderne nur sehr begrenzt standhalten.

U. R.

Offenbar wurde statt dessen, welche Machtfülle Noriega, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, innehat – und durch ihn die Armee, die, seit sie 1968 die Macht im Staat übernahm, ins Zentrum der Politik rückte.

Unter der gemäßigten Militärherrschaft General *Omar Torrijos*' (1968–1977) erlebte das Land noch wirtschaftlichen Aufschwung, der allerdings mit einer hohen Auslandsverschuldung einherging, Panama entwickelte sich zu einem internationalen Bankenzentrum. 1983 wurde der ehemalige Chef des militärischen Geheimdienstes, Noriega, Oberbefehlshaber der Streitkräfte; bis 1988 kürte er fünf Präsidenten und setzte sie wieder ab. Unter seiner Führung trat die Armee zunehmend repressiv und brutal auf.

Noriega selbst gilt als bedenkenloser Opportunist, war gleichzeitig Agent des CIA und Waffenlieferant für lateinamerikanische linksgerichtete Guerilla-Gruppen (vermutlich aber auch der „Contra“ in Nicaragua) und ist von einem amerikanischen Gericht wegen internationaler Drogengeschäfte angeklagt. Innenpolitisch propagiert er – mit Erfolg, wie sich auch im letzten Wahlkampf zeigte – einen anti-amerikanischen, populistischen Nationalismus. In der innenpolitischen Krise 1987/88 (vgl. HK, Mai 1988, 227) konnte sich Noriega nur mit Hilfe der Armee an der Macht halten, die aus der Absetzung des rücktunwilligen Noriega eine politische Posse inszenierte, indem sie ihrerseits den amtierenden Präsidenten *Delvalle* absetzte – und dies in einem Staat, dessen Verfassung die Streitkräfte zu politischer Neutralität verpflichtet.

## Selbst die Amerikaner vermögen wenig

Die zweite faktische politische Größe Panamas befindet sich außerhalb seiner Landesgrenzen: die *Vereinigten Staaten*. Sie ließen, obwohl nicht eingeladen, eine Wahlbeobachterdelegation, mit Sondervisa ausgestattet, auf einem US-Stützpunkt in Panama landen, finanzierten über den CIA den

## Panama: Vereitelte Demokratisierung

Der offensichtliche Wahlbetrug in Panama hat zu blutigen Unruhen in der Bevölkerung und zu verschärfter Repression geführt. Aus den allgemeinen Wahlen vom 7. Mai sei, so ließ die amtierende Regierung *Solis Palma* am Abend des Wahltags mitteilen, erwartungsgemäß der Kandidat der acht Regierungsparteien, *Carlos Duque*, hervorgegangen. Erwartungsgemäß allerdings insofern, als der allgemein vorausgesagte Wahlbetrug auch tatsächlich stattfand. Oppositionelle, kirchliche und ausländische Wahlbeobachter, darunter zwei deutsche Bundestagsgeordnete sowie die ehemaligen amerikanischen Präsidenten *Carter* und *Ford*, erhoben den Vorwurf der Wahlfälschung; die Opposition beanspruchte am Tag nach der Wahl mit 60 bis 70 Prozent der Stimmen den Wahlsieg für sich; die Regierung sah sich auch nach drei Tagen nicht in der Lage, die Wahlergebnisse bekanntzugeben.

Statt dessen erklärte sie am 11. Mai die Annullierung der Wahl mit der pikan-

ten Begründung, es seien Wählerverzeichnisse gestohlen worden und Wahlzettel verschwunden. Gleichzeitig kam es zu Straßenunruhen und blutigen Überfällen bewaffneter paramilitärischer Banden auf Oppositionelle. Am Wahltag selbst war der niederländische Geistliche *Nikolaus van Cleef* von einer Patrouille erschossen worden, als er seine Gemeinde wie üblich aus seinem Auto per Lautsprecher zum Gottesdienst rief. In einer prompten Erklärung übte Washington scharfe Kritik an der Annullierung der Wahl. Man könne nicht eine Wahl für ungültig erklären, bloß weil einem das Ergebnis nicht gefalle.

Die Wahlen vom 7. Mai hätten eine neue demokratische Phase des seit fünf Jahren von Krisen geschüttelten Landes einleiten sollen. Es schien, als seien die oppositionellen demokratischen Kräfte stark genug, die Regierung *Solis Palma* und den eigentlichen Machthaber Panamas, General *Manuel Antonio Noriega*, auf legalem Wege abzulösen. Die Aussicht trog.

Wahlkampf der Opposition mit, erwo-gen für den Fall eines massiven Wahlbetrugs öffentlich eine militärische Intervention.

Die Geschichte Panamas ist seit der Unabhängigkeit von Kolumbien im Jahre 1903 und dem Baubeginn des Panama-Kanals im darauffolgenden Jahr von den territorialen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten geprägt. Dies hat, insbesondere in den Städten, einerseits zu einer Amerikanisierung des Landes (es hat z. B. keine eigene Währung) und – in Grenzen – des Lebensstils geführt. Der mächtige amerikanische Einfluß weckte aber auch starke nationalistische Gefühle in der Bevölkerung, deren sich alle Parteien bis heute erfolgreich bedienen.

Am 1. Januar 2000 gehen die Hoheitsrechte des Panama-Kanals gemäß den von Präsident Carter 1977 ausgehandelten Verträgen auf Panama über; die USA haben sich über dieses Datum hinaus in einer Zusatzklausel ein Interventionsrecht vorbehalten („Falls der Kanal geschlossen oder sein Betrieb gefährdet werden sollte, haben die USA ohne Rücksicht auf die Vorschriften des vorstehenden Paragraphen das Recht, alle Schritte einzuleiten, die notwendig erscheinen, den Kanal wieder zu öffnen oder nach Maßgabe der Lage den Betrieb auf dem Kanal wiederherzustellen“ – zitiert nach „Lateinamerika-Report“, April 89, Mundis-Verlag).

In den letzten zwei Jahren formierte sich eine *außerparlamentarische Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung*, die unter dem Namen „Cruzada Civilista Nacional“ (Nationaler Bürgerkreuzzug) gewaltlos das von Noriega beherrschte Regime zu bekämpfen versuchte. In der politischen Opposition ist die 1960 gegründete Christdemokratische Partei Panamas (PDC), eine der wenigen christdemokratischen Parteien Lateinamerikas im politischen Aufwind, zur stärksten Gruppierung der demokratisch gesonnenen Kräfte geworden. Viele ihrer Politiker – von der Parteiführung bis zu einfachen Aktivisten – waren bis zu den Wahlen von Ausweisung, Verhaftung und Folterung bedroht.

Die *Menschenrechtsfrage* zeigt die verhängnisvolle politische Entwicklung Panamas am deutlichsten. Bis Mitte der 80er Jahre hielt sich der Staat im großen und ganzen an die internationalen Menschenrechtsabkommen, die er mitunterzeichnet hatte. Schwachpunkt waren allerdings schon unter General Torrijos die Beeinträchtigung der Pressefreiheit und das Parteienverbot. Jedoch blieben auch oppositionelle Parteiführer als Einzelpersonlichkeiten im politischen Leben präsent; andere wie der Christdemokrat *Ricardo Arias Calderón*, der seine philosophische Lehrtätigkeit zeitweilig aufgeben mußte, gingen vorübergehend ins Exil.

Mit der Ermordung des ehemaligen Gesundheitsministers *Hugo Spadafora*, der 1985 nach Panama zurückkehrte, um Anklage gegen Noriega wegen dessen Verstrickung ins internationale Drogengeschäft zu erheben, begann eine Phase brutaler Unterdrückung durch Polizei, Armee und paramilitärische Kommandos. Spadafora wurde im September 1985 zu Tode gefoltert und enthauptet aufgefunden; die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH hat im April dieses Jahres nach einem Besuch einer Delegation in Panama erneut die bisher unterbliebene Untersuchung des Falles gefordert. Zum Zeitpunkt des Wahlkampfes in diesem Frühjahr hatte die Regierung fünf Zeitungen, einen Fernsehkanal und sieben Rundfunkstationen geschlossen; mehrere Journalisten wurden verhaftet, entführt, mißhandelt.

## Kirche stützt Opposition

Die zunehmende Repression und die sprunghaft ansteigenden Menschenrechtsverletzungen haben die *katholische Kirche* auf den Plan gerufen. Sie hatte zunächst versucht, zwischen Regierung und Opposition zu vermitteln, und sich auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise mit praktischen Maßnahmen für die Linderung der Not unter den Ärmsten des Landes eingesetzt. Inzwischen stärkt sie mit allen Mitteln, die ihr als gesellschaftlicher Institution zur Verfügung stehen, der

demokratischen Opposition, auch und gerade der außerparlamentarischen, den Rücken. Die Apostolische Nuntiatuur soll zeitweilig mehr als hundert Verfolgte aufgenommen haben.

Die Kirchenführung unter dem Erzbischof von Panama-Stadt, *Marcos Gregorio McGrath*, nimmt derzeit nicht nur eine Sprecherfunktion für die geknebelten gesellschaftlichen Gruppen wahr, sie läßt sich auch als mahnende Stimme der Nation vernehmen. In den Pfingstgottesdiensten ließen die Bischöfe eine Erklärung verlesen, in der sie „die Überfälle auf die Wahllokale und die Schläge und Kugeln gegen Leute, die nur Freiheit fordern“, scharf verurteilen. Die Militärs, von den Bischöfen „unsere Brüder“ genannt, werden aufgerufen, ihre Waffen nicht auf das unbewaffnete Volk zu richten.

„Die befreiende Botschaft des Evangeliums drängt uns“, definiert McGrath den Kurs der panamaischen Kirche in einem Interview kurz vor den Wahlen (La Croix, 30.3.89). „Unser politischer und gesellschaftlicher Einfluß sollte aber nicht überschätzt werden: in der mächtigen Finanzwelt Panamas und bei der Armee zählt die Stimme der Kirche kaum.“

Die 80 Prozent Katholiken von insgesamt 2,5 Millionen Einwohnern erreichen die Bischöfe zum einen durch eine Basisgemeinde pastoral, in der das Bewußtsein für Menschenwürde und -rechte sowie christliche Verantwortung für das Gemeinwesen geweckt werden. Zum andern äußern sie sich in größeren Abständen in *Hirtenbriefen*, die seit 1978 zunehmend aktualitätsbezogen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassen, zu nationalen und politischen Fragen.

Eine solche Orientierungshilfe war das Hirtenschreiben vom 20. April 1988, das eine bis heute andauernde kirchenfeindliche Kampagne der regimetreuen Medien und scharfe Angriffe auf die Person des Erzbischofs zur Folge hatte. Die bischöfliche Erklärung zählte die Hauptursachen der politischen Krise Panamas in dieser Reihenfolge auf: „eine kapitalistische Wirtschaft, die den Grundbedürfnissen der großen Mehrheit des Volkes

fremd ist; die Einmischung ausländischer Mächte und ihre wirtschaftliche Vorherrschaft mit der daraus resultierenden Abhängigkeit; offizielle Unterdrückung und militärisches und paramilitärisches Vorgehen unter wiederholter Verletzung der Menschenrechte; weitverbreitete Korruption in öffentlichen und privaten Bereichen“ (Weltkirche 4/88). Damit mußte sich die Oberschicht des Landes, aber auch die USA angesprochen fühlen; zu den amerikanischen Wirtschaftssanktionen hieß es an anderer Stelle noch, sie verletzen die Souveränität Panamas und seien „moralisch verwerflich“. Selbst der demokratischen Opposition hielten die Bischöfe nach einer grundsätzlichen Würdigung vor, ihren Wirt-

schaftsprogrammen mangle es an „deutlichen sozialen Inhalten“. – So hat sich die Kirche inzwischen zwischen alle Stühle gesetzt. Ihr Fazit: Innere und äußere Unterdrückung hätten das Land „in einen Zustand der Agonie“ geführt.

### Die letzte Chance nutzen?

In der angespannten politischen Lage der letzten Monate wandten die Bischöfe sich mehrmals mit aktuellen Stellungnahmen an Regierung und Bevölkerung. So veröffentlichte Erzbischof McGrath, als drei Tage nach den Wahlen immer noch kein offiziell-

es Ergebnis vorlag, den Bericht der kirchlichen Wahlbeobachter, was gegen die Wahlgesetze verstieß. Der Bericht ließ keinen Zweifel am Wahlsieg der Opposition: 74 Prozent hätten für die Oppositionsallianz gestimmt, knapp 25 Prozent für das Regierungsbündnis COLINA. Einen Monat vor den Wahlen hatte sich die Bischofskonferenz an Regierung und Streitkräfte gewandt mit der Bitte, „eine freie Stimmabgabe, eine ehrliche Auszählung und die Achtung vor dem Wahlergebnis zu garantieren“. Die Wahl vom 7. Mai sei vielleicht die letzte Chance, die politische Krise mit friedlichen Mitteln zu lösen. Eine Chance, die allerdings nicht genutzt wurde. G. B.

## Zwischen Mythos und Wahrheit

### Frankreich und seine Große Revolution im Jubiläumsjahr

*Auf über 600 Kolloquien und Seminaren wird man sich in diesem Jahr in den verschiedensten Ländern der Welt mit der Französischen Revolution befassen, die 1789 begann. Der Löwenanteil findet natürlich in Frankreich statt, wo im Juli ein Weltkongreß der französischen Revolutionsgeschichte abgehalten wird. Italien und die USA bringen es auf 84 bzw. 65 Tagungen, Großbritannien und die Bundesrepublik folgen mit 21 und 14. Von den insgesamt 35 Studientagungen in Osteuropa finden 12 in der DDR statt, nur eine einzige in der Sowjetunion. Alfred Frisch zeigt im folgenden Beitrag, welche Akzente die französische Revolutionsgeschichtsforschung im Jubiläumsjahr setzt: Man ist durchweg um eine differenzierte Sicht der Revolution, ihrer Vorgeschichte und Auswirkungen bemüht, die die Schattenseiten nicht unter den Tisch kehrt, ohne die positiven Wirkungen für die Geschichte Frankreichs und der Welt zu vernachlässigen.*

Das hundertjährige Jubiläum der Französischen Revolution von 1789 stand im Zeichen der Verherrlichung, das zweihundertjährige wird in der ambivalenten Atmosphäre des politischen Fortschrittsglaubens und der historischen Berichtigung gefeiert. 1889 beherrschte das Geschichtsbild noch der sehr revolutionsbegeisterte Jules Michelet, dessen zahlreiche Bücher sich fast wie Romane lesen und schon deswegen nicht von dem notwendigen kritischen Geist durchdrungen waren. In die gleiche Richtung liefen die freiheitsbeflügelten Balladen des kurz vorher verstorbenen Nationaldichters Victor Hugo. In den Augen vieler fand der revolutionäre Umbruch von 1789 seine Vollen- dung mit der Geburt einer endgültig konsolidierten Repu-

blik, die mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eines betont demokratischen Schulwesens die Forderung der Revolutionäre nach einer „einheitlichen und ungeteilten Republik“ erfüllte.

### Offizielle Leitlinien für das Jubiläum

Inzwischen ist der Abstand gegenüber dem Geschehen größer geworden. Die Errungenschaften der 1871 gegründeten III. Republik verloren ihren revolutionären Anspruch und wurden teilweise wieder in Frage gestellt, wie z. B. der fast zur Staatsräson erhobene Antiklerikalismus. Das Ringen um die weltweite Beachtung der Menschenrechte steht, wenn nicht im Mittelpunkt, dann doch sicherlich im Hintergrund der Jubiläumsfeier. Seine Logik zwingt zu einer Auseinandersetzung mit dem Terrorregime der Jahre 1793/94 und auch mit den verhängnisvollen Folgen des napoleonischen Machthungers. Nicht zu übersehen ist ferner die Patenschaft der in alter Gewohnheit noch als „groß“ bezeichneten Revolution für den Kommunismus mit seinen imperialistischen Auswirkungen und schweren Verstößen gegen die Menschenrechte. Nicht alle politischen und intellektuellen Kräfte Frankreichs zeigen sich allerdings bereit, die Revolutionsgeschichte zu überdenken und die lange bevorzugten Bahnen zu verlassen. Sie beherrschen aber nicht mehr allein das Feld. Im Jubiläumsjahr stehen sie einer zunehmend Gehör findenden objektiven Bewertung des zweifellos bedeutungsvollen nationalen und internationalen Wendepunktes gegenüber.